

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Aufhebung des Garantiefomitees.

Wegfall der Finanzkontrolle aus dem Londoner Ultimatum.

Paris, 5. September. (WIB.) Die Reparationskommission erledigte gestern laufende Arbeiten und fasste folgenden Beschluss:

Während der Dauer der Ausführung des Sachverständigenplanes wird das Garantiefomitee nicht die Befugnisse ausüben, die ihm durch den Artikel 12b des Anhanges II zum Teil 8 des Versailler Vertrages und durch das Zahlungsstatut vom 5. Mai 1921 verliehen sind. Dieser Beschluss hat Wirkung vom 1. September 1924.

Der Beschluss der Reparationskommission ist eine notwendige Folgerung aus der Annahme des Sachverständigengutachtens. Das Garantiefomitee wurde durch das Londoner Ultimatum im Mai 1921 eingesetzt. Es hatte die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Fonds, die als Sicherstellung für die Deutschland auferlegten Zahlungen dienen sollten, für diesen Zweck verwendet wurden. Eine weitere Aufgabe des Komitees war, die Ueberwachung der deutschen Handelsstatistik zur Berechnung der Ausfuhrabgabe und weiter die Ueberwachung der deutschen Steuergesetzgebung. Der Artikel 12b des Anhanges II zum Teil 8 des Versailler Vertrages stellte fest:

„In regelmäßiger Wiederkehr schätzt der Ausschuss die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ab und prüft das deutsche Steuersystem, und zwar:

1. damit alle Einkünfte Deutschlands einschließlich der für den Zinsdienst und die Tilgung seiner inneren Anleihen bestimmten vorzugsweise zur Abtragung der Wiedergutmachungsschuld verwendet werden.
2. um die Gewissheit zu erlangen, daß das deutsche Steuersystem im allgemeinen im Verhältnis vollkommen ebenso schwer ist als dasjenige irgendeiner der im Ausschuss vertretenen Mächte.“

Diese Aufgaben wurden durch das Londoner Ultimatum dem Garantiefomitee übertragen, das seit Mai 1921 bis auf den heutigen Tag in Berlin tätig gewesen ist. An die Stelle dieser ausgedehnten und umfassenden tatsächlichen Kontrolle der deutschen Finanzgebarung und Steuergesetzgebung durch ein Unterkomitee der Reparationskommission treten nun die scharf und eng umgrenzten, nur auf Teile der deutschen Einkünfte sich beziehenden Kontrollvorschriften des Sachverständigengutachtens. Deutschland ist durch die Annahme des Gutachtens von einer effektiven allgemeinen Finanzkontrolle befreit.

## Die Aussichten der deutschen Anleihe.

London, 5. September. (WIB.) Der finanzielle Mitarbeiter des „Manchester Guardian“ schreibt, seitdem vor einer Woche die Aufmerksamkeit auf die Schädlichkeit der Presseangriffe gegen die deutsche Anleihe und damit gegen die Reparationsregelung gelenkt worden sei, mache sich eine gewisse Einkehr der öffentlichen Meinung in der City und in den soliden Presseorganen

bemerkbar. In einflussreichen Kreisen vertritt man nachdrücklich den Standpunkt, daß England ehrenhalber verpflichtet sei, einen Teil der Anleihe flüssig zu machen, daß aber abgesehen davon die Anleihe auch eine sehr günstige Kapitalanlage darstelle.

## Die letzte Revision.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Amlich wird mitgeteilt:

Am Montag, den 8. September, beginnt die von der deutschen Regierung mit der Note vom 30. Juni d. J. zugestandene sogenannte Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes. Die Generalinspektion ist als abschließender Akt der interalliierten Kontrolle gedacht; nach den bindenden Erklärungen der Gegenseite, insbesondere der Ministerpräsidenten von England und Frankreich, kann damit gerechnet werden, daß das System der interalliierten Kontrolle mit seinen in zahlreichen Städten Deutschlands residierenden Untersuchungskommissionen verschwindet, wenn die Generalinspektion zufriedenstellend und reibungslos verläuft.

Die Reichsregierung erwartet hiernach von der gesamten Bevölkerung, daß sie alles unterläßt, was irgendwie als Obstruktion oder als feindselige Handlung gegenüber den Kontrollkommissionen oder ihren Mitgliedern gedeutet werden könnte. Jede Handlung dieser Art beschwört die Gefahr herauf, daß sich der jetzige Zustand mit all seinen demütigenden Begleitercheinungen verewigt. Jedermann muß sehr, wie er auch immer auf die Vorgänge des Augenblicks gefühlsmäßig reagieren mag, sein Tun und Lassen ausschließlich danach einrichten, daß das Ziel erreicht, d. h. daß die Generalinspektion wirklich zum Schlußakt der interalliierten Kontrolle wird.

Der Appell der Reichsregierung an die Bevölkerung entspricht durchaus den Notwendigkeiten des Augenblicks. Es hängt ungeheuer viel für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik davon ab, daß die jetzt beginnende Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes, die als letzte Revision gedacht ist, reibungslos und zufriedenstellend verläuft. Nicht nur die Durchführung des Dames-Planes, sondern auch die künftige Stellung Deutschlands im Völkerbund hängt in hohem Maße davon ab, daß das noch im Ausland bestehende Mißtrauen gegen Deutschland durch die Generalinspektion zerstreut wird. Nach den großmäuligen Ankündigungen der Deutschnationalen und Bäckischen, die mit allen Mitteln die wirtschaftliche und politische Gesundung Deutschlands verhindern wollen, ist zu erwarten, daß hier und da vielleicht Provokationen von dieser Seite versucht werden. Wir hegen die bestimmte Erwartung, daß etwaigen Versuchungen solcher Art nicht nur von behördlicher Seite mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird, sondern daß auch die Arbeiterschaft mit aller Energie dafür sorgen wird, daß alle Störungsversuche und Provokationen von nationalstiftischer Seite im Keime erstickt werden.

Deutschlands gewollt. Frankreich kennt keinen Haß, es hat den Wunsch nach Versöhnung. Nur die Abrüstung und die wahre Versöhnung können die Einigkeit Europas wieder herstellen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird durch die Art. 1 und 8 geregelt. Wir brauchen ruhige Mitarbeit. Haß kann nie den Haß überwinden. Wir bekämpfen den Bürgerkrieg. Jede Nation hat das Recht auf Leben.

Dieses sind die Anschauungen Frankreichs, und ich gestalte mir nochmals zu wiederholen, wir werden uns an den Völkerbundesvertrag halten, wir wollen ihn lebendig gestalten, wir verlangen für jede Nation die Rechte, die der Vertrag bietet. Der Frieden, für den wir arbeiten, muß kommen. Die Idee des Friedens besitzt mehr Kraft als die des Krieges. Schiedsgericht, Sicherheit, Entwaffnung, dieses sind die drei Säulen des Tempels, den wir zu bauen berufen sind. Frankreich bietet ihnen keine Vernunft und sein Herz und sein leidenschaftliches Verlangen nach Klarheit. Es strebt nach Frieden, nach Frieden, Würde und Arbeit.

Auf Herriots Rede setzte ein minutenlanger, nicht endenwollender Beifall ein. Das Haus erhebt sich und bereitet ihm begeisterte Ovationen. Nach der Uebersetzung in das Englische betritt Salandra, stürmisch begrüßt, die Tribüne. Nach ihm spricht noch der englische Delegierte Lord Parmoor.

## Die Kämpfe in China.

New York, 5. September. (WIB.) Die „Associated Press“ aus Schanghai meldet, ist gestern, wie zuverlässig festgestellt, in den Kämpfen von keiner Seite ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden. Die Stärke der Truppen wird auf 40 000 geschätzt. Die Kampffront erstreckt sich von der Eisenbahn Schanghai—Nanking bis zum Jangtsefluß; sie nähert sich Schanghai an einer Stelle auf 18 Meilen. Nach dem Bericht von Augenzeugen wurde von beiden Parteien sicherlich viel Munition verschwendet, da wird darauflos geschossen wurde.

Deutsch-schwedischer Schiedsgerichtsvertrag. Zwischen Deutschland und Schweden wurde ein Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag unterzeichnet. Der Vertrag entspricht mit geringen Abweichungen dem deutsch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrag vom 8. Dezember 1921.

## Englands innere Sorgen.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, Anfang September.

Die Ferienzeit des englischen Unterhauses, in normalen Zeitläuften eine politisch tote Periode, ist diesmal auch politisch keine Zeit reiner, ungestörter Erholung. Die weltpolitisch wichtigen Fragen nehmen auf die Erholungsbedürftigkeit britischer Minister keine Rücksicht. Die Londoner Konferenz hat sich zum großen Leidwesen Macdonalds — er hat dem mehr als einmal während der Konferenz recht drastischen Ausdruck verliehen — bis tief in die Urlaubswochen hineingezogen, und die Wetterwolken der irischen, aber auch anderer imperialen Fragen hängen drohend am politischen Himmel.

Angesichts dieser drängenden Fragen kommen die Zeitungsmeidungen, die von einem vorzeitigen Abbruch der Urlaubsreisen der führenden politischen Köpfe der Arbeiterregierung melden, nicht völlig unerwartet: Clynnes, der „Nordseebewahrer“ und — was wichtiger ist — der offizielle „Führer des Unterhauses“, hat seine Seereise nach Port Said aufgeben müssen. Der Kolonialminister Thomas, der sich auf einer, auch politisch nicht unwichtigen Studienreise in Südafrika befindet, von der er nicht vor Ende September zurückkehren wollte, läßt mitteilen, daß er seinen Aufenthalt in Südafrika auf zehn Tage beschränken wird, um möglichst frühzeitig in Bereitschaft zu sein, und Macdonald selbst hat sich entschlossen, seinen Genfer Aufenthalt zu beschränken und schon am kommenden Montag nach London zurückzukehren. Snowden hält sich in der Nähe Londons, in Surrey, auf, um „in jedem Augenblick“ seinen Posten in Whitehall einnehmen zu können. Diese für England auffallenden Tatsachen haben in politischen Kreisen naturgemäß in einem gewissen Sinn alarmierend gewirkt und zu einer weitgehenden Erörterung der politischen Situation, die solche Vorsichtsmaßnahmen ratfam erscheinen läßt, geführt.

Man ist sich allgemein einig, daß es hauptsächlich die leidige irische Frage ist, die den Premierminister bewegen hat, die Mitglieder seines Kabinetts zusammenzuhalten. Auch ohne jede Notwendigkeit ist für den Beobachter der ungelösten irischen Grenzfrage unverkennbar, daß die Dinge gebieterisch zu einer Entscheidung drängen, und daß es deshalb sehr zweifelhaft ist, ob sich die geplante Vertagung des Unterhauses bis Ende September wird durchhalten lassen. Im Falle einer früheren Einberufung wird sich die Regierung im Unterhaus einer mit schwerstem Geschütz arbeitenden Opposition gegenübersehen, die im Hause der Lords, wo der konservative Einfluß entscheidend ist, noch ernstere Formen annehmen dürfte. Nur die Abneigung, unter dem Zeichen der keineswegs populären irischen Frage eine Neuwahl durchzuführen, dürfte die Konservativen vor einer Einsetzung ihres ganzen Einflusses im Oberhaus zurückhalten.

Aber selbst dann, wenn die Frage der Neuwahlen sich aus den Notwendigkeiten der Durchführung des irischen Friedensvertrages nicht ergeben sollte, bleibt für die ersten Parlamentswochen noch genug an schwierigen Fragen zu lösen übrig, die alle Kräfte der Regierung in Anspruch nehmen werden. Neben der irischen Frage steht das Problem der Ratifikation des englisch-russischen Friedensvertrages. Diese Aufgabe wird härter zu knaden sein als man ursprünglich angenommen hat. Hier wird es, wie nunmehr deutlich wird, ohne die schwersten parlamentarischen Kämpfe nicht abgehen. Die Konservativen stehen geschlossen gegen die Regierung und auch unter den Liberalen scheint die Neigung, den Vertrag passivieren zu lassen, in ständigem Schwinden begriffen zu sein. Wenn nicht alles täuscht, wird sich an dieses Ringen sogar die Entscheidung über die Arbeiterregierung oder richtiger über das gegenwärtige Unterhaus knüpfen. Ein Wahlkampf, unter diesem Zeichen geführt, würde allerdings die Arbeiterregierung angesichts der Popularität des Friedensvertrages unter der arbeitenden Bevölkerung, darüber hinaus aber im Hinblick auf das im Lande in sechs Monaten parlamentarisch-politischer Arbeit errungene Vertrauen für Macdonald und die Seinen teurerlei Schrecken haben.

Aber auch unabhängig davon wird die Frage der Neuwahlen in allen politischen Kreisen aufs lebhafteste diskutiert. Man vermutet allgemein, daß in der Herbstsitzung sich aus der parlamentarischen Situation der Labourregierung eine Situation ergeben werde, in der die Regierung in einer entscheidenden Frage das Land vor die Entscheidung stellen wird. Die Liberalen haben längst mit ihrer Propaganda auf dem flachen Lande begonnen; sie wird allerdings von guten und objektiven Kennern der Verhältnisse als aussichtslos bezeichnet. Aber auch die Konservativen beginnen die Wahlviolenen zu stimmen. Das Hauptquartier der Konservativen kündigt z. B. für die ersten Herbstwochen im ganzen Lande große Propaganda-versammlungen an, in denen „die Politik der Konservativen und die Gefahren des Sozialismus“ von den bedeutenden Führern der Partei erörtert werden sollen.

Andererseits jedoch macht sich auch in der Arbeiterpartei das Bestreben bemerkbar, den gegnerischen Angriffen energig entgegenzutreten und den Boden für die Neuwahlen vorzubereiten. Die bisherige Politik der Arbeiterregierung hat trotz der Kompromisse, die sie schließen mußte, die Zustimmung der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung gefunden. Der gefundene Sinn des englischen Arbeiters, der mit den realen Machtverhältnissen rechnet, hat ihn davor bewahrt, die kommunistischen Aufregungs- und Störungsversuche ernst zu nehmen. Als einheitliche, geschlossene Macht wird die

## Herriots Rede in Genf.

Genf, 5. September. (WIB.) Herriot begann seine Rede in der Völkerbundsversammlung mit der Versicherung, Frankreich wolle den Frieden für alle Nationen. Auch das kleinste Land habe denselben Anspruch, in Frieden zu leben wie ein großes Volk. Frankreich richte sich in seiner auswärtigen Politik nach den Ideen des Völkerbundes und des Versailler Friedensvertrages. Der Völkerbund habe der Welt bereits große Dienste geleistet. 18 Nationen haben dem Garantievertrag zugestimmt, eine große Anzahl von Völkern habe Einwendungen gemacht. Es erscheint ihnen zu unbestimmt und nicht ausreichend und sie glauben, daß dadurch Angriffswege nur schwer verhindert oder der Angegriffene schwer zu verteidigen wäre. Frankreich ist einem Schiedsgerichtsvertrag geneigt, wobei es seinen alten Traditionen folgt, dem Déon Bourgeois ist bereits vor Jahren in Genf dafür eingetreten. Wir scheitern, erklärte er, der Angreifer ist derjenige, der sich weigert, sich dem Schiedsgericht zu unterwerfen. Wir müssen eine Spezialkommission zur Bearbeitung des Schiedsgerichtssystems einsehen. Frankreich ist bereit, in dieser Kommission mit Eifer mitzuarbeiten. In der Frage der Kontrolle des Waffenhandels wird Frankreich sich weiter beteiligen. Macdonald hat recht mit seinem Vorschlag, ein obligatorisches Schiedsgericht einzurichten. Eine Idee, die von uns bereits in London bei der Lösung der Reparationsfrage verwirklicht wurde. Schwere moralische Verantwortung ruht auf der Versammlung. Wir müssen alle Fragen, die den Frieden betreffen, prüfen. Für uns Franzosen ist die Frage der Sicherheiten der Entwaffnung und des Schiedsgerichts aufs engste verbunden. Unsere größte Aufgabe und die erste Pflicht vor der Menschheit ist die Errichtung eines Schiedsgerichts. Eine große Nation wie Frankreich kann sich letzten Endes selbst schützen, die kleinen Nationen sind hierzu nicht in der Lage. Macht und Gerechtigkeit müssen zusammengehen.

Ein neuer Geist muß geschaffen werden. In der Uebergangszeit gilt es, Ruhe und Vernunft zu bewahren. Die Völker können die Sicherheit gegen den Angriff verlangen, die ihnen gestattet, in Ruhe zu arbeiten. Ohne die Solidarität der Völker ist dieses nicht zu erreichen. Eine allgemeine Abrüstungskonferenz könnte einen Mißerfolg bedeuten. Sie darf daher nicht ohne Mitwirken des Völkerbundes einberufen werden. Wir rechnen auf die brüderliche Mitarbeit der vereinigten Staaten. Frankreich hat nur den deutschen Militarismus bekämpft. Es hat nie das Gland

Labour Party auch in die kommenden Wahlen ziehen, die zweifellos ihren politischen Einfluß verstärken werden.

So wird also die verhältnismäßige Ruhe dieser Wochen früher als sonst einem bewegten Herbst Platz machen, der sofort mit einem politischen Fortschritt einsetzt wird.

### Eine Aktion der Labour Party.

London, 5. September. (M.B.) „Daily Herald“ meldet, es werde zur Unterstützung der Regierung der Arbeiterpartei eine große allgemeine Aktion unternommen werden, die besonders der Haltung der Regierung in der Frage der Unterschätzung des russischen Vertrages zugute kommen solle. Die Aktion soll am 15. September beginnen und bis zum 27. Oktober dauern.

### Labour Party und Kommunisten.

London, 5. September. (E.B.) Der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei hat beschlossen, daß die Mitglieder der kommunistischen Partei als Delegierte zum Kongreß der Arbeiterpartei zugelassen werden dürfen, daß sie aber unter keinen Umständen als offizielle Kandidaten der Arbeiterpartei für die Abgeordnetenwahlen oder zu irgendeiner Nominierung gewählt werden dürfen.

### Das Echo aus dem Unternehmerlager.

#### Der Achtstundentag und die Schwerindustrie.

Die Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß er grundsätzlich zur Ratifikation des Abkommens von Washington bereit sei, hat die Erbitterung der schwerindustriellen Presse hervorgerufen. Der „Tag“ schreibt:

„Die Wahrheit ist, daß auch in diesem Falle vor dem politischen Druck der Sozialdemokratie zurückgewichen wird, trotzdem gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß unsere Wirtschaft mit dem Achtstundentag sehr, nach Annahme des Dawes-Gutachtens, noch weniger auskommen kann, als zuvor. Die Debatte über die sozialdemokratische Interpellation wird ja wohl noch nachgeholt werden. Dann wird man sehen, ob die Reichsregierung in dieser Frage die Mehrheit des Reichstags hinter sich hat oder nicht.“

Die Schwerindustrie möchte die Ausführung des Gutachtens benutzen, um aus der Arbeiterschaft einen Extragewinn herauszupressen. Der Achtstundentag ist uns das wichtigste Kapitel in der Frage der Lastenverteilung, darum wird allerdings noch gekämpft werden.

### Deutsch-dänische Schulkonferenz.

Das dänische Außenamt verbreitet folgende amtliche Meldung:

„Nachdem die dänische Regierung der deutschen Regierung eine informatorische Erörterung zwischen dänischen und deutschen Persönlichkeiten vorgeschlagen hatte, die im Schulleben beider Länder eine tätige Rolle spielen, insofern diese Schulen an der beiderseitigen Grenze liegen, und die deutsche Regierung ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag abgegeben hat, wird im Oktober d. J. in Kopenhagen eine Konferenz zwischen den von den beiden Regierungen ernannten Vertretern über die Grenzschulfrage eröffnet werden. Eventuell wird diese Konferenz zu einem späteren Datum in Berlin fortgesetzt werden. Der Sinn dieser Konferenz ist der, daß diejenigen Persönlichkeiten, die auf beiden Seiten praktische Erfahrungen in der genannten Frage besitzen, zusammentreten, um die Lebensbedingungen der Grenzschulen zu überprüfen, alle im Bereich der Möglichkeit liegenden Mißverständnisse zu beseitigen und dadurch eine gewisse Beruhigung in der politischen Atmosphäre herbeizuführen, wie sie jetzt im Grenzgebiete herrscht. Betont werden muß, daß bei dieser Konferenz nicht die geringste Erörterung irgendeines Rinderheitenabkommens vorgenommen werden wird.“

Die Kundgebung ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die dänische Regierung Wert darauf legt, die Grenzfrage in verständlichem und friedlichem Geiste zu regeln. Während der Inflationszeit hatten gewisse Gruppen in Dänemark auf deutschem Gebiet eine Art von Kulturpropaganda entfaltet, die

beunruhigend wirkte und von der preussischen Regierung öffentlich zurückgewiesen werden mußte. Mit der Rückkehr zu einer festen Währung haben sich auch die Verhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze geklärt und die deutsch-dänische Schulkonferenz ist ein Beweis dafür, daß eine ernste Mißstimmung nicht zurückgeblieben ist. Es ist zu begrüßen, daß sich die Leberprüfung der Grenzschulfrage unpolitische Fachleute beauftragt wurden. Auf diese Weise dokumentieren beide Seiten, daß sie die Frage nicht zu einer politischen Abstempelung wünschen. An einem befriedigenden Ergebnis für beide Teile ist nicht zu zweifeln.

### Das Agrarbankprojekt.

#### Der Gang der Verhandlungen.

Die zur Schaffung der Agrarbank noch notwendigen Verhandlungen werden sich, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ erfährt, so abspielen, daß in der nächsten Woche der Verwaltungsrat der Rentenbank zu dem Projekt des Reichsernährungsministeriums und dem des Preussischen Landwirtschaftsministeriums Stellung nimmt; im Anschluß daran, womöglich noch vor der Behandlung der Frage im Reichsrat, soll die Haltung der Länder festgestellt werden.

Das Reichsernährungsministerium, dessen Gesetzentwurf jetzt den verschiedenen Reichsressorts zur Begutachtung vorliegt, hat für die preussischen Vorschläge nicht viel übrig. Vom Verwaltungsrat der Rentenbank kann man sagen, daß er den preussischen Plänen nicht ablehnend gegenübersteht.

In Übereinstimmung mit den Erklärungen des Reichsernährungsministers auf der Tagung der rheinischen Bauernvereine in Köln geht das Reichsernährungsministerium jetzt daran, die kurzfristigen Wechselkredite in langfristige Realkredite umzuwandeln. Das gilt vor allem für jene Ernährungsgebiete, die von dem kommenden Agrarkreditinstitut nicht unterstützt werden, wie z. B. von der Fischerei, deren kurzfristiger 2-Millionen-Kredit am 1. Oktober fällig ist und bis zum 1. Dezember verlängert werden mußte.

### Unten durch!

#### Abg. Ludendorff in Bayern.

Die Niederlage, die sich Abg. Ludendorff bei seinem Versuch, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Bayerns vor seinen Karren zu spannen, geholt hat, ist, wie sich nachträglich herausstellte, noch schwerer, als bisher angenommen werden konnte. Nicht nur die Freunde Hitlers, Esser und Wiesenbäcker, und das neue Dreimännerkollegium arbeiten gegen ihn, selbst seine intimen Freunde ziehen sich von ihm zurück. Sein Verhalten im Ehrenhandel mit Ehrhardt hat ihm den letzten Rest von Ansehen genommen. So bezeichnet der Verteidiger im Ludendorff-Prozess, Rechtsanwalt Hemmeter, das Benehmen Ludendorffs gegen Ehrhardt als unverantwortlich. Wäre es, wie die Gegenpartei ursprünglich beabsichtigte, zur Privatklage gekommen, so wäre eine Verurteilung Ludendorffs sicher gewesen. Um so unqualifizierbarer sei es, wenn Ludendorff gegen den Schiedsspruch nachträglich vom Leber ziehe. Des weiteren verurteilt Hemmeter die enge Gemeinschaft Ludendorffs mit den Leitern der Deutschösterreichischen Freiheitspartei, denen „weitestehende östliche Kreise“ die Schuld daran zuschreiben, „daß die so nötige Einigung im östlichen Lager nicht geblüht ist“. Da Abg. Ludendorff aber nicht nur einer der Leiter der östlichen Freiheitspartei, sondern nach seinen eigenen Ansprüchen ihr Oberhaupt mit diktatorischen Vollmachten ist, fällt, was augenscheinlich auch der Zweck der ganzen Sache ist, der Vorwurf Hemmeters in seiner ganzen Schwere auf Ludendorff zurück. Wenn Hemmeter im Zusammenhang hiermit dann noch auf Hindenburg verweist, der es versteht, über der östlichen Bewegung zu stehen, so ist es ganz klar, worauf der östliche Rechtsanwalt hinstreift. Seine Ausführungen betonen nichts anderes, als Ludendorff durch einen gewissen Ekelstreich aus der östlichen Bewegung hinauszubugsiieren. Man hat genug von seinen selbsthaften Taten. Man wünscht ihn in den Ruhestand zu versetzen, um selbst Ruhe vor ihm zu haben.

In Bayern erweckt dieser Vorschlag ein lebhaftes Echo. So meldet der „Miesbacher Anzeiger“, dessen Sympathien für die östliche Bewegung bekannt sind, es „regne Erklärungen

gegen Ludendorff“, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließen. Aus ihnen könne man ersehen, „daß auch die konventionelle Rücksicht auf die Aemtertradition, eine der festesten Bindungen zugunsten Ludendorffs glücklich durch dessen eigenes Benehmen zerschollen ist“. Ludendorff habe sich eine schwere gesellschaftliche Niederlage geholt, er sei, wie man zu sagen pflegt, „unten durch“.

An diese Meldungen knüpft das Organ, das übrigens von Stellen, die der bayerischen Regierung nahe stehen, des öfteren als Sprachrohr gebraucht wird, allerhand artige Komplimente vor Ludendorff. Die Gruppe des Abg. Ludendorff, so sagt es, scheine sich in Bayern selbst fremd zu fühlen. Bayern lasse sich nicht von Leuten regieren, die in den eigenen Reihen alle Achtung verloren haben. Jeder Sonntagsschieber in Bayern wisse, daß die sich Bayern ausdrückende Gruppe Ludendorff die Geschäfte Frankreichs und Judas betriebe. Auf der ganzen preussischen Großschonau- und Revolvergöscheparade (gemeint ist der Weimarer Parteitag, den zu begrüßen die Bürgerblockregierung in Thüringen es so eilig hatte. Anm. d. Red.) habe man mit keinem Wort der Bayernschaft gedacht. Für die Ludendorffianer existiere nur der Nationalsozialismus. „Es wird also gut sein“, so schließt der Miesbacher, seine Verbeugungen vor dem Abg. Ludendorff, „wenn diese Reichsführerschaft ihren Sitz bald dahin verlegt, wo man noch keine jahrelange Erfahrung mit ihrer wirklichen politischen Eignung gemacht hat.“

Abg. Ludendorff hat diese höfliche Aufforderung nicht erst abgemartet. Er weiß zu genau, daß er in Bayern „unten durch“ ist, und drängt sich jetzt Preußen als Gast auf. Wir müssen gestehen, daß wir nicht erpicht darauf sind, die Erfahrung Bayerns am eigenen Leibe zu erleben.

### Neue kommunistische Erfindung.

#### Die Jungen wie die Alten.

Aus dem Bureau der Sozialistischen Arbeiterjugend wird uns geschrieben:

Die Zentrale der Kommunistischen Jugend Deutschlands verbreitet gegenwärtig eine Broschüre „Sozialistenabkommen — Arbeitsdienstpflichtjahr — Deutschland, das große Arbeitszuchtthaus für die arbeitende Jugend“. In dieser Schrift wird behauptet, der Ausschuss der deutschen Jugendverbände habe einen Aufruf unterschrieben vom stellvertretenden Vorsitzenden dieses Ausschusses, Genossen Ollenhauer, veröffentlicht, nach dem der Ausschuss dafür eintrete, daß jeder junge Deutsche im Alter von achtzehn bis fünfundsiebzig Jahren verpflichtet werden soll, eine einjährige Arbeitsdienstpflicht durchzumachen. Es wird sogar ein Auszug aus dem angeblichen Aufruf abgedruckt.

Ohne auf die sonst in der Broschüre enthaltenen Ausfälle und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und die Sozialistische Arbeiterjugend einzugehen, stellen wir fest, daß der Ausschuss der deutschen Jugendverbände in der Frage der Arbeitsdienstpflicht niemals einen Aufruf veröffentlicht hat, daß er im Gegenteil bei seinen Beratungen über das Problem zu der Feststellung gekommen ist, die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht sei gegenwärtig für die Jugend unmöglich.

Die Kommunisten müssen sich also einen neuen Gegenstand für ihre Erfindungen aussuchen.

### Schwarz-Rot-Gold im besetzten Gebiet.

#### Der Dank des Reichspräsidenten.

Gelsenkirchen, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Reichspräsident Ebert hat das ihm vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gelsenkirchen übermittelte Telegramm wie folgt beantwortet: „Der ersten Drischgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im besetzten Gebiet übermittle ich herzlichsten Dank für ihr Treuegelöbde und beste Wünsche für ihr Gedeihen. Möge das Reichsbanner in Rheinland und Westfalen ein starkes Bollwerk des Deutschtums gegen Absonderungs- und Bewegungsbewegungen und zugleich gegen alle Anschläge auf die deutsche Republik werden.“

Owen Young, der amerikanische Agent für die Reparationen, ist mit Rac Ladhean und Rufus Dawes in Berlin eingetroffen.

### Das 2. Werk des „Dramatischen Theaters“

Erster Theaterbesucher: Hat es Ihnen gefallen?

Zweiter Theaterbesucher: Es war eine ganz interessante Vorstellung. Guter Durchnitt, aber nach den hohen Zielen, die das Dramatische Theater verkündet hat, habe ich eigentlich mehr erwartet. Wie hieß doch das Stück?

Erster Theaterbesucher: „Briefe mit ausländischen Marken“, und dieser eigenartige Titel scheint mit das einzige Originelle an dem Schauspiel. Der Verfasser Uja Sarguttschew ist in Deutschland noch ziemlich unbekannt. Vor 10 Jahren ist schon ein Schauspiel von ihm erschienen.

Zweiter Theaterbesucher: Ja, die schwermütige und gleichzeitig anheimelnde Stimmung, die über dem Stück liegt, ist ganz russisch. Aber was die Handlung anbetrifft, so wurde ich ständig an Uben erinnert. Herr Sarguttschew wendet denselben Trick an wie der große Norweger. Ein Geheimnis lastet über den spielenden Personen, und um die Spannung wachzuhalten, läßt der Verfasser es erst im letzten Akt. Sonst kann man von einem Fortschritt der Handlung nicht sprechen. „Briefe mit ausländischen Marken“ sind also eigentlich gar kein Drama.

Erster Theaterbesucher: Das dürfen Sie, glaube ich, doch nicht sagen.

Zweiter Theaterbesucher: Ich bitte Sie, was passiert denn schon. Ein General hat sich von seiner Frau und seinen Töchtern getrennt, weil sie ihm untreu gewesen sind. Das ist, wohlgemerkt, die Vorgeschichte, die tropfenweise serviert wird. Nach zwanzig Jahren besucht ihn die eine Tochter Sonja, gesteht ihm, daß sie von dem Mann, der ihr die Briefe mit den ausländischen Marken schickt, ein Kind unter dem Herzen trägt, stirbt bei der Entbindung, und nun stellt sich heraus, daß der General gar nicht Sonjas Vater ist, sondern der Gutsbesitzer Brodskij. Gewiß, es hat einen eigenartigen Reiz, wenn die beiden durch das Leben zerbrochenen alten Leute am Schluß der Tragödie einander gegenüberstehen, wenn der Gutsbesitzer den General anfragt, das Leben seiner Tochter nicht besser behütet zu haben. Aber so etwas ähnliches hat schon Hermann Bahr in seinem Schauspiel „Die Kinder“ geschrieben.

Erster Theaterbesucher: Ich bin anderer Ansicht. Bei Bahr haben wir eine unterhaltende Fivialtonplauderei, bei Sarguttschew aber gedankliche Tiefe. Sie werden nachdentlich. Sie fragen sich, warum kommt den beiden die Abgefärbtheit erst jetzt, wo sie alt geworden sind und mit dem Leben nichts mehr anfangen können. Sie hätten schon früher mit Stiegersmüt Herren über das Schicksal werden sollen. Das ist der Gewinn, den Sie aus dem Theater nach Hause tragen. Sie haben auch einen Genuß gehabt: die zarte Poesie in dem ganzen Geständnis der Sonja von ihrer überirdischen Liebe. Das sind Stellen in Sarguttschews Schauspiel von Duft und Anmut, die ihresgleichen suchen.

Zweiter Theaterbesucher: Na, ich hätte als Theaterdirektor ein weniger problematisches Stück gewählt. Ubrigens war die Darstellung auch nicht überwältigend. Von eigenem Stil der neuen Bühne habe ich nicht viel gemerkt. Fräulein Machalitzky als Sonja hatte ja ganz gute Momente, aber im ganzen wirkte sie dilettantisch.

Erster Theaterbesucher: Sie vergessen Theodor Loos, den Gutsbesitzer Bro. Mich hat er in seiner Zerbrochenheit, in seiner übermächtigen immer noch lebendigen Liebe erschüttert. Auch der Diener Jeger des Robert Hartberg war eine künstlerisch wertvolle Leistung.

Ein Kritiker im Vorübergehen zu seiner Frau: Hast Du gehört, ein paar Leute haben deutlich gekippt und gepiffen.

Ernst Degner.

Der östliche Goethe. Ludendorff pfiff: Die östliche Bewegung muß geistig vertieft werden, und Adolf Bartels, der östliche Literaturpapst, apportierte einen — „östlichen“ Goethe. Es ist ja eine alte Geschichte, daß auch die reaktionären Parteien heute nicht mehr ohne die großen Geister der Nation auszukommen wagen. Es kümmert sie wenig, daß die Heroen der Literatur und Kunst, der Philosophie und Wissenschaft fast nie zu ihnen gehörten. Sie plündern das nationale Wolkhalla, sie treiben frechen Abenteuertum und stellen dann die gestohlenen Götterbilder in ihrem Wigwam auf. In guter Erinnerung ist noch, daß Bülow den Arbeitern und glühenden Volksmann und Sozialisten Frische für seine Zwecke reklamierte. Immerhin war Bülow noch so etwas wie ein Europäer im Verhältnis zu den Ludendorffern. Aber daß es diesen Unbeirten der rohen Gewalt, diesen Fettschiffen des Schieckrüchels und Verächtern aller Humanität je in den Kopf kommen könnte, Goethe als den ihren auszusprechen, das ist wirklich ein Zeichen ausgeprägten Jersinns. Man traut seinen Augen nicht, wenn derselbe Bartels, der früher den Kosmopoliten, Napoleonschwärmer, Humanitätsapostel Goethe bekräftigte, jetzt „nachweist“, daß Goethe „schon ausgesprochen in unserem Sinne östlich war“. Weil er für den alten Fröh schwärmte, den Beriber, den Böß schrie, kein „Judenfreund“ war usw.

Man würde diesen Narren zu viel Ehre antun, wollte man auch nur ein Wort der Widerlegung daran wenden. Goethe ein Östlicher — lache, Europa!

Die „Freischuh“-Aufführung der Volkoper trug alle bösen Zeichen der mangelhaften Vorbereitung an sich. So mächtig wurden die Sängerchorre lange nicht gesungen, und so unliebendig phantastisch zog sich lange keine romantische Oper hin. Viel Schuld daran trug die Ausstattung Strobachs, die leider immer noch die gleiche ist wie am Tag der Volkopereröffnung. Im ersten Bild ein kleiner Waldauschnitt mit einem Holzbock für Schupplattler, das Zimmer im Forsthaus und Aarths Stübchen von einer Kahlheit wie eine Gefängniszelle. In solch düsterer Umgebung läßt sich wirklich nicht gemütvoll oder gefühlvoll finnen. Fanny Cene überwand diese Schwierigkeiten kaum. Sie ist etwas zu reif für das junge

Fräulein, singt aber mit wohlklingender, angenehmer, weicher Stimme. Ein zu hohes Ansehen der Töne und ein gezwungenes Lächeln dürften Symptome der Erregung sein. An dem munteren Kennzeichen der Epa Fudauer hört der ostpreussische Dialekt ebenso wie bei Sauer der süddeutsche. Unnar Graund konnte mit seinem sonst so angenehmen Tenor nicht durchdringen, sein Spiel ist ungewandt. Blase (Dittmar) und besonders Riffel (Grenit) setzten ihre schönen, merklich ausdrucksvollen Stimmen mit Erfolg ein. Als einziger großer Darsteller, gewappnet mit dem schwarzen Bohß des Böhmischs und der Intelligenz eines großen Schauspielers, hob Leo Schuppendorf die Aufführung in der Szene der Wolkhalla auf großstädtisches Niveau. Zweig dirigierte mit Sorgfalt.

Die Schlange, die erdelt. Die erste weiße Brillenschlange, die in einen europäischen Zoologischen Garten gelangt ist, wird jetzt im Reptilienhaus des Londoner Zoo gezeigt und erregt nicht nur infolge ihrer Seltenheit, sondern auch wegen ihres eigenartigen Aussehens große Aufmerksamkeit. Das Tier ist fünf Fuß lang und ganz weiß, mit Ausnahme seiner roten Augen und seiner rosigen gespaltenen Zunge. Diese weiße Kobra besitzt die bei Schlangen ungewöhnliche Fähigkeit des Erdens; wenn sie wütend ist, so schwillt ihr nicht nur der Rumpf, sondern der ganze Körper nimmt eine rötlich-braune Färbung an. Und Horace, wie man die weiße Schlange genannt hat, hat in ihrer Gefangenschaft sehr viel Anlaß, wütend zu werden, denn man hat ihr als Gefährtin eine schwarze „spukende“ Schlange gegeben, die kein angenehmer Hausgenosse ist, und außerdem kann die Bewohnerin des indischen Dschungels augenscheinlich das Anstören der vielen Augen nicht vertragen, die sich auf die Glaswand ihres Gefängnisses richten. Die Schlange ist sehr selten und wurde in der Nähe von Delhi gefangen. Der Besitzer hat sie nur als „Beigabe“ für einen Monat dem Zoo überlassen.

Die Bolschewisten reinigen die Opernserje. Der Radikalreform der Bolsewisten nach den Vorschlägen des Volksbeauftragten für die schönen Künste wird demnächst in Russland eine nicht minder durchgreifende Generalreinigung der Opernwerke folgen. Sie wird sich auch auf die Opernbücher erstrecken, aus denen die Könige, Fürsten und alle Edelleute, die als handelnde Personen auftreten, ausgemerzt werden sollen. Wie die „Pravda“ mitteilen weiß, sind die Opernbücher von Tuccinis „Tosca“, Meyerbeers „Hugenotten“, Wagners „Rienzi“ und Strawinskis „Rachigall“ bereits dementsprechend im Sinn des revolutionären Gedankens umgearbeitet worden. — Es ist in der Meldung nicht gesagt, ob statt der ausgemerzten Opernlänge nun Sowjetkommisjare eingeführt werden sollen.

Die Große Berliner Kunstaussstellung wird Sonntag abend geschlossen. Ein Pressefest findet zugunsten der Unterstützungskasse des Reichsbundes der deutschen Presse am 10. September, nachm. 4 1/2 Uhr, in allen Resträumen des Hotels Adlon statt. Sängerin Della Reinhardt von der Metropolitan-Oper und der italienische Bariton Fausto Ricci von der Mailänder Scala werden zum erstenmal in Deutschland singen. Kartenverkauf in beschränkter Anzahl (R. 6.— einjäh. Tee) im Hotel Adlon.

## Wie Arbeitslose genarrt werden!

Man weiß, in welcher Stimmung der seit langem Arbeitslose die Zeitungen nach Beschäftigungsangeboten durchnimmt. Immer wieder schüttelt er die dumpfe Verzweiflung ab und überläßt sich der beglückenden Hoffnung, daß er vielleicht doch irgendwo Arbeit und Brot finden wird. In heißem Verlangen stürzt er sich auf jede Anzeige, aus der ihm Arbeitsgelegenheit zu winken scheint. Wie solche Anzeigen wirken, das hat schon mancher Arbeitgeber, der nur eine bescheidene „Nebenbeschäftigung“ zu vergeben hatte, zu seiner Überraschung und Bestürzung kennen gelernt. Viele Hunderte von Arbeitsuchenden ließen um die Wette dem Arbeitgeber nach und in Scharen sammelten sie sich vor dem Hause an, so daß nicht selten Polizei kam, um „den Auktions zu zerstreuen“.

Neuliche Wirkungen hatte vor einigen Tagen auch die folgende Anzeige in der „Berliner Morgenpost“: „Film-Interessenten (Damen, Herren) werden noch unter günstigen Bedingungen aufgenommen. ... Straße 1. Meldung 5 bis 7 nachmittags.“ Ein Arbeitsloser, der das las und sich zu melden beschloß, schildert uns, welche Erfahrungen er dabei machen mußte. Als er um 5 Uhr zu der angegebenen Straße kam, sah er schon von weitem vor einem Restaurant eine Menschenansammlung, so daß sein erster Gedanke war: „Du Beschwofer schienst wieder zu spät zu kommen.“ Er kam jedoch nicht zu spät, um — Geld los zu werden, wenn er welches gehabt hätte und dumm genug gewesen wäre, es hinzugeben. Wir glauben, daß nicht viele Beschäftigungsluchende hinter dieser „Morgenpost“-Anzeige etwas anderes als ein Beschäftigungsangebot vermutet haben werden. Aber in dem von Beschäftigungslosen beiderlei Geschlechts überfüllten Restaurant saßen zwei Herren und erläuterten die Anzeige dahin, daß die Erschienenen sich als Mitglieder einer neu zu gründenden Film-Gesellschaft einschreiben lassen könnten. Die Einschreibgebühr von 2 M. und der erste Monatsbeitrag von 3 M. seien sofort zu zahlen; Tagungslokal und Stellennachweis für die neue Loge sollen das Restaurant werden. Es läßt sich denken, wie die aus allen Richtungen herbeigeströmten Scharen so bitter enttäuschter Arbeitsloser ihre Erregung äußerten. In der Menge wurde dieses Verfahren mit schärfsten Ausdrücken geäußert, man sprach von Kesseltreiben und Betrug, und einige regten an, die Sache dem nächsten Polizeibureau zu melden. Ein Schupplizbeamter, der hoch zur Stelle war, fragte die zur Mitgliederaufnahme sich erbietenden Herren, wer für die Anzeige verantwortlich sei, aber beide — lehnten die Verantwortung ab.

Hoffentlich wird die Polizei sofort die nötigen Schritte getan haben, um zu ermitteln, wer hinter der Zeitungsanzeige steht. Warum mag der Mann unterlassen haben, anzugeben, daß er die Eingeladenen mit der Gründung einer „Film-Artistenloge“ beglücken wollte?

## Weil ihr Bräutigam sie besuchte.

### Der Leidensweg einer Hausangestellten.

In dem Leben des Hausmädchens Frieda B., die unter der Anklage des Diebstahls und der schweren Körperverletzung vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof stand, hat die Liebe eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Frieda B. war ein arbeitames und fleißiges Mädchen, das nach ihren Zeugnissen jahrlang immer treu gedient und sich sitzhaft ausgeführt hat, wie mehrere Zeugen auch bestätigten. In ihrer letzten Stellung schaffte sie sich aber einen Bräutigam an, und nun trat, eigentlich durch einen Zufall, eine Wendung in ihrem Leben ein.

Das Mädchen empfing nämlich einmal ihren Bräutigam zu unregelmäßiger Zeit in der Wohnung, wo ihre Herrschaft veranlaßt, das Mädchen, das sich doch sonst musterhaft geführte, kurzerhand zu entlassen. Sehr ging es schnell bergab mit der Angeklagten. Sie wurde brot- und wohnungslos und nächtigte schließlich auf Treppenschuften, auf Böden und auf Bänken in den öffentlichen Anlagen. Eines Nachts lernte sie einen Mann kennen. Als sie diesen nun um eine Erkenntlichkeit in der bar, soll, nach ihrer Behauptung, er ihr diese verweigert haben. Da will sie in ihrer Not dem Mann die Altstulpe entziehen und in der Notwehr ihm einen Schlag gegen den Kopf mit einem gefundenen Hammer verfehlen haben. Die Sache sah für sie recht bedenklich aus, denn der Beschuldigte behauptete als Zeuge, daß die Angeklagte ihn angeheult habe und ihm dann auf seine Weigerung, ihr etwas zu geben, die Tasche entziehen habe. Als er sie festhalten wollte, habe sie ihm dann den Schlag mit dem Hammer verfehlt. Diese Angabe hätte für das Mädchen sehr schlimm ausfallen können, denn sie würde in diesem Falle gleich einem Räuber nach dem Gesetz zu bestrafen gewesen. Das Gericht sah jedoch, in Anbetracht dessen, daß es sich um ein bisher völlig unbefehltes Mädchen handelte, die Angaben des einen Zeugen für nicht ausreichend an und erkannte nur wegen versuchten Diebstahls auf einen Monat Gefängnis. Wegen der Körperverletzung wurde sie freigesprochen, da Notwehr vorgelegen habe. Vielleicht wäre es wohl angebracht gewesen, dem Mädchen durch Bewährungsfrist die Rückkehr in einen bürgerlichen Beruf zu erleichtern.

## Mit 100 000 M. geflüchtet.

Nach Unterklagung von 100 000 M. ist der 33 Jahre alte Bankkommissionär Erich Genoch „berreist“. Er nannte sich Bankkommissionär. Seine Tätigkeit bestand darin, allerlei Geschäfte zu vermitteln, u. a. auch Verleihen. Effekten- und Darlehensschwindel brachten ihm die Summe von 100 000 Goldmark ein, mit der er nun das Weite gesucht hat. Vor einem halben Jahre hat er geheiratet und seiner Frau erzählt, daß er berreist wolle. Durch diese Heirat hatte sich nicht nur sein Bekanntheit, sondern auch sein Kundenkreis sehr erweitert. Es ist anzunehmen, daß er noch viel mehr Betragsgerien verübt hat. Weitere Geschädigte wollen sich bei Kriminalkommissar Schiller im Polizeipräsidium melden. Wohin Genoch geflüchtet ist, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen.

## Wieder falsche „Fünzigser“.

Geschäftsleuten in Reutlingen war seit einigen Tagen ein etwa 13 Jahre altes Mädchen aufgefallen, das von Laden zu Laden ging und überall kleinere Einkäufe machte, wobei es stets mit 50 Pfennigstückchen zahlte. Man folgte dem Mädchen und bemerkte, daß es die gefausten Waren einer Frau ausbändigte und daß diese ihr neues Geld gab. Die Ermittlungen ergaben nun, daß es sich um eine Frau Dr. handelte, deren Mann Graveur ist und seine Fähigkeiten dazu verwendet hat, falsche 50-Pfennigstücke anzufertigen. Bei der Durchsicherung der Wohnung des Dr. Paares fand man eine große Anzahl solcher Falschstücke, die fast fertig waren. Das Kind wurde mit dem Gelde ausgeführt, um es in den einzelnen Geschäften an den Mann zu bringen. Dr. und seine Frau wurden festgenommen.

## Oesterreichische Sichtvermerksmarken.

Die Pressabteilung der Oesterreichischen Gesandtschaft teilt mit: Bei den Oesterreichischen Vertretungsbehörden in Deutschland wurde am 1. September mit der Ausgabe von Sichtvermerksmarken begonnen. Dieses Verfahren, das mit wenigen Ausnahmen allgemein durchgeführt wird, bildet eine ganz außerordentliche Erleichterung für den Reiseverkehr nach Oesterreich, da damit eine große Vereinfachung der bisherigen Manipulationen verbunden ist. Es sind dreierlei Sichtvermerksmarken vorgesehen: Für die einmalige Durchreise kosten sie 1 M., für die einmalige Einreise 5 M. und für die mehrmalige Einreise 10 M. Sämtliche Marken haben eine Gültigkeitsdauer von 12 Monaten, welche am Tage des Grenzübertritts zu laufen beginnt. Außerdem ist im Interesse des Reise- und Fremdenverkehrs vorzusehen, gewisser wirtschaftlichen Organisationen, sowie Sport- und Touristenvereinigungen unter besonderen Voraussetzungen die Aus-

gabe solcher Wertmarken an ihre Mitglieder zu übertragen. Die Beteiligung dieser Institutionen mit den Marken ist im Zuge. Die Ausgabe der Marken findet bei der Oesterreichischen Gesandtschaft moontags von 9 bis 2 Uhr und, mit Ausnahme von Sonnabend, nachmittags von 3 bis 5 Uhr statt. Diese Neuerung bildet den ersten Schritt der von der Oesterreichischen Regierung geplanten Reform zur Erleichterung des Reiseverkehrs, bei dem sie von der Erwartung ausgeht, daß auch die anderen Staaten diesem Beispiel zu möglicher Vereinfachung der Verkehrsbestimmungen folgen werden.

## Berliner Posteinbrecher.

### Besuche bei den Postämtern der Berliner Umgebung.

Nach dem großen Poststankbruch in der Nacht zum 31. Juli dieses Jahres im Hauptpostamt 17 am Schlesischen Bahnhof, bei dem die Täter 9500 Mark erbeuteten, hat die Bande, die den Einbruch ausführte, ihre Tätigkeit nach auswärts verlegt. Sie haben nicht weniger als fünf Postämtern in der Umgegend Berlins ihren Besuch abgestattet, allerdings nicht immer mit Erfolg.

Den ersten Versuch machten sie in Niederlehme im Kreise Beeslow-Storkow. Sie waren hier schon in die Räume eingedrungen, wurden dann aber gestört und mußten unverrichteter Sache abziehen. In Friedersdorf versuchten sie es wieder; hier wurden sie durch Hunde vertrieben. In Ralkberge i. d. M. hatten sie mehr Glück. Es gelang ihnen, vom Hofe aus in das Amtszimmer einzudringen. Einen großen eisernen Kasten, der mit zwei Vorhängeschloßern gesichert war, erbrachen sie, und es fielen ihnen 400 Mark in die Hände. Danach machten sie sich an den großen Geldschrank und knabberten ihn bis auf die letzte Platte auf. Das Geräusch hatte Hausbewohner munter gemacht, und die Einbrecher mußten ihre Arbeit unvollendet im Stich lassen und fliehen. Einen Tag vorher sind sie von mehreren Leuten beobachtet worden. Es sind drei Burken gewesen, die sich verdächtig in der Gegend umgetrieben haben und teils einzeln, teils zusammen an dem Postamt vorbeigegangen sind. Der Anführer und Leitende von den Dreien war ungefähr 1,75 Meter groß, ungefähr 25 Jahre alt und hatte ein dickes, bartloses Gesicht und noch hintenüber gekämmtes Haar. Er trug ein dunkelblaues Jackett, eine graue Hose, graue Stiefel und schwarze Schnürschuhe. Die Begleiter waren kleiner und schmächtiger, sie trugen lange Beinkleider. Der Beschuldigte nach handelt es sich wahrscheinlich um dieselben Leute, die in Groß-Ritz bei Beeslow versuchten, in das Postgebäude einzudringen. Wieder wurden sie durch Hunde davon abgehalten. Einen Tag vor der Gehaltszahlung versuchten sie erneut in Friedersdorf mit einem Knabber die Geldschränke zu erschließen, doch mußten sie es bei dem Versuche lassen. Die Einbrüche sind jedenfalls alle auf das Konto ein und derselben Bande zu setzen, die trotz der vielen Mißerfolge die Hoffnung auf einen „großen“ Zug nicht aufgegeben hat. Mitteilungen, die dazu dienen, die Bande unschädlich zu machen, nimmt die Kriminalpolizeiinstanz entgegen in der Königsstraße. Von der Oberpostdirektion ist eine Belohnung von 1500 Mark ausgesetzt, die durch Zuschuß von privater Seite sich beträchtlich erhöhen wird.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Die moderne Produktionsleitung, Aufbau, Wege und Ziele. Nach dieser Thema sprechen die Leiter der Siedlung Gildenhall bei Reutlingen, Robert Adolph und Georg Weyer, am Sonnabend, 6. September, 7½ Uhr abends, im Werner-Siemens-Reinigungsraum, Hohenzollernstr. 47/48 (Untergrundbahnhof Victoria-Rolle-Platz) in öffentlicher Versammlung der Enghiesenden Schulreformer. Jedermann eingeladen. — Am Sonntag, 7. September, fahren die Teilnehmer zur Siedlung der Siedlung Gildenhall nach Reutlingen. Abfahrt früh 6,57 vom Stettiner Fernbahnhof.

Die Ordner der proletarischen Feiern werden gebeten, an der am 7. September stattfindenden Jugendweife im Großen Schauspielhaus früh 8 Uhr am bekannten Treffpunkt vollständig zu erscheinen.

Für die Jugendweife am Sonntag, den 7. September, im Großen Schauspielhaus sind noch Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für Erwachsene und 50 Pf. für Kinder im Jugendsekretariat, Berlin SW, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 11 (von 9—4 Uhr, Sonnabend von 9 bis 3 Uhr) erhältlich.

## Ein deutscher Dampfer in Seent.

Wie „Petit Journal“ aus Chamberbourg meldet, sind gestern nachmittag von dem Dampfer „Bosphorus“, den man für einen Deutschen hält, Funksprüche eingetroffen, denen zufolge der Dampfer brennen soll. Er bitte um Hilfe. Das Schiff befindet sich etwa 30 Meilen von den Casquets entfernt. Mehrere Schiffe, darunter drei Kanonenboote, seien ihm zu Hilfe geschickt worden. Die Funksprüche des Dampfers hätten inzwischen ganz aufgehört, anscheinend deswegen, weil das Feuer auch die drahtlose Anlage erreicht habe. Nähere Einzelheiten fehlten. Die zu Hilfe entsandenen Schiffe seien bisher noch nicht zurückgekehrt.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Bölig, zeitweise aufklarend, trocken.  
Deutschland: Im Westen bewölkt mit Regenschauern, sonst trocken.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Eintragungen für diese Rubrik sind bis an das Sekretariat, 2. Hof, 2. Tr., rechts, zu richten.

- 12. Kreis, Tempelhof-Mariendorf, Sonntag, den 28. Sept., Jugendweife vom 10 Uhr in Tempelhof, Basium Germaniastraße. Vorbereitender Unterricht jeden Sonnabend von 3—4 Uhr Schule Werderstraße in Tempelhof.
- 99. Abt., Belg., Sonnabend, den 6. September, 7½ Uhr, Funktionärstagung in der 1. Gemeindefaule.
- Jungsozialisten Schöneberg, heute Freitag im Jugendheim der SPD, Rudowstr., Vortrag des Genossen Dr. Friedländer.

## Bewerkschaftsbewegung

### Großereinmachen in der KPD.

Die Zentrale der KPD. veröffentlicht heute in der „Roten Fahne“ den Ausschluß der Genossen Kaiser, Weyer und Schumacher aus der kommunistischen Partei. Dieser Beschluß, der natürlich auch unter den Anhängern und Mitläufern der KPD. einiges Aufsehen erregt, wird eingehend begründet.

### Der „Ausgeschlossenen“-Kaiser.

1. Der Genosse Paul Kaiser hat durch Zurückhalten von Verbandsgebern, die dem Hauptvorstande des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter gehörten, die Lohn- und Streikbewegungen der Bauarbeiter in Königsberg, Leipzig und anderen Orten schwer geschädigt.
2. Kaiser hat dafür gewirkt, daß Streikbrecher, die aus seiner Organisation durch Schiedsgerichtsbarkeit ausgeschlossen waren, von dem Vorstand des Zweigvereins Berlin wieder in den Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter aufgenommen wurden.
3. Er tat alles, um die Mitarbeit solcher Kollegen, welche Parteigrundsätze beachteten, zu verhindern, war jedoch bereit, sich jederzeit mit Parteifeinden, mit Syndikalisten und Anarchisten zu karteellieren.
4. Obwohl mehrere Male vorwarn, blieb Weyer in Verbindung mit dem Genossen Kaiser, der die Ausschließung der Profintern sabotiert.

Es folgen sieben weitere Feststellungen, die das Verhältnis Kaisers zur KPD. betreffen und insbesondere den Vorwurf enthalten, daß Kaiser sein Auftreten damit begründet habe, daß er als Vorsitzender des Zweigvereins der ausgeschlossenen Bauarbeiter „neutral“ sein müsse.

„Sein Ausschluß gilt zunächst für ein Jahr. Sollte er in dieser Zeit trotz seiner Nichtzugehörigkeit zur Partei sich als Kommunist fühlen und betragen, so kann die Bauarbeiterfraktion Berlin nach einem Jahre die Wiederaufnahme bei der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands beantragen.“

### Der „Union“-Weyer.

1. Der Genosse Paul Weyer hat am 30. Juni 1924 einem wegen seines Ausschlusses aus der Partei eingeleiteten Schiedsgericht unerschrocken erklärt, daß auch für ihn die Beschlüsse der kommunistischen Partei, wie sie von ihren Instanzen, Konferenzen und anderen Körperschaften gefaßt werden, bindend sind. Besonders gilt das für alle Beschlüsse, die die Gewerkschaftsfrage betreffen. Weyer hat diese Verpflichtung nicht eingehalten, sondern sich wiederholt der Durchführung von Parteibeschlüssen und der Beschlüsse der Weltkongresse der Komintern und Profintern widersetzt.

2. Die von der Parteileitung angestrebte Vereinigung der revolutionären Metallarbeitergruppen Berlins hat Weyer zu verhindern versucht.

3. Die Durchführung der Beschlüsse des Bochumer Kongresses der Union zwecks einer besseren Organisation der in der Union vorhandenen Bauarbeiter- und Textilgruppen hat Weyer sabotiert.

4. Obwohl mehreremale vorwarn, blieb Weyer in Verbindung mit den aus der Partei ausgeschlossenen Elementen, welche in Rheinland-Westfalen die Union schwer geschädigt und ihre Zersplitterung versucht haben.

5. Weyer hat eine Sonderkonferenz von Unionsfunktionären in Leipzig organisiert, welche die Vorbereitungen zur Spaltung der Union treffen sollte. Im halleischen Bezirk ist auf Grund dieser Sonderkonferenz dieser Spaltungsversuch tatsächlich unternommen worden.

6. Er hat systematisch die Beschlüsse der Weltkongresse der Komintern und Profintern sabotiert.

Es folgen vier weitere Beschuldigungen, worunter die, daß Weyer die Herausgabe eines Flugblattes durch die Berliner Unionsleitung veranlaßt hat, das unwahre Behauptungen enthielt.

### Die „Schumacher“-

1. Der Genosse Wilhelm Schumacher hat entgegen den Parteianforderungen bereits Anfang dieses Jahres die von den Sozialdemokraten und Reformisten herbeigeführte Spaltung des Berliner Bekleidungsarbeiterverbandes unterstützt und entgegen den Prinzipien der Partei eine Neugründung vorgenommen.

2. Schumacher hat entgegen den Beschlüssen einer Reichskonferenz der kommunistischen Bekleidungsarbeiter versucht, solche Spaltungen auch an anderen Orten Deutschlands durchzuführen.

3. Schumacher hat systematisch die Arbeiten der Partei, insbesondere der Industriegruppenteile sabotiert und geschädigt.

4. Obwohl er auf dem Kongress der Profintern gelegentlich der Beschlußfassung über die Resolution zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit erklärte,

„wenn Sie in Ihrer Mehrheit diese Resolution beschließen, dann werde ich es für meine Pflicht halten, da ich doch Mitglied der KPD. bin, an der Durchführung zu helfen“,

hat er nach seiner Rückkehr nach Deutschland bei allen Gelegenheiten viele seine dem Kongress gegenüber übernommene Verpflichtung gebrochen, die Durchführung der Beschlüsse der Komintern und Profintern in Deutschland sabotiert.

5. Er hat hinter dem Rücken der Partei eine zweite Sonderkonferenz von revolutionären Bekleidungsarbeitern einberufen, um seine Spaltungsarbeit fortzusetzen.

6. In dieser Konferenz hat er die Teilnahme eines Vertreters der Partei und des Reichsarbeitsausschusses verhindert.

7. Durch sein Auftreten hat er in der am 26. August 1924 stattgefundenen Mitgliederversammlung des oppositionellen Bekleidungsarbeiterverbandes die Annahme einer Resolution herbeigeführt, die sich gegen die Beschlüsse der Weltkongresse richtete.

8. Er hat dafür gewirkt, daß der Vertreter des oppositionellen Bekleidungsarbeiterverbandes im Reichsarbeitsausschluß zurückgezogen wurde und dadurch die bereits angebahnten Verständigungsmöglichkeiten erschwert und vernichtet.

9. Auf eine letztmalige Befragung, ob er bereit sei, die Beschlüsse der Komintern und Profintern anzuerkennen und durchzuführen, hat er sich dessen strikt geweigert.

10. In der letzten entscheidenden Verhandlung hat er erklärt, die Verbindung mit dem internationalen Propagandakomitee der Bekleidungsarbeiter zu lösen und hat damit den Bruch mit der KPD. herbeigeführt.

Während der Ausschluß von Kaiser bedingt ist, sind die Ausschüsse von Weyer und Schumacher endgültig.

Den gestürzten KPD.-Größen ist offenbar großes Unrecht geschehen. Ihre Rolle konnte keine andere sein als die, die sie spielten. Als Spaltplätze wurden der Kaiser der Ausgeschlossenen, der Unions-Weyer und der Schumacher-Schneider in der KPD. als anerkannte Spezialisten begrüßt. Sie haben sich als Spaltplätze zu stark entwickelt, das ist ihre ganze Schuld. Sie konnten nichts anderes als spalten und immer wieder spalten. Jeder von den dreien machte seinen eigenen Laden auf und mußte nun besorgt sein, daß das Geschäft seinen Mann nährte. Streikbrecher hin, Streikbrecher her. Der auf die Gewerkschaften und die „Bangen“ wader kämpfen konnte, war für den Verband der Ausgeschlossenen ein willkommenes Mitglied, wenn er nur Beitrag zahlte.

Nachdem der Weltkongress in Moskau seine Spaltungsparole auf „Einheitsfront der Gewerkschaften“ umgestellt hat, das heißt „Eroberung der Gewerkschaften“ von innen heraus, mußten die Leute mit dem eigenen Laden befürchten, daß ihr Geschäft darunter leidet. Was sollten sie sonst beginnen, wenn sie nicht mehr spalten sollten? Die KPD.-Zentrale hat offenbar nicht begriffen, daß sie zwar ihre politischen Parolen alle halbe Stunde umstellen kann, nicht aber ihre Gewerkschaftsparolen.

Im übrigen ist durch den Beschluß der KPD.-Zentrale den freigewerkschaftlichen Organisationen der Bauarbeiter, der Metallarbeiter und der Bekleidungsarbeiter bescheinigt, daß sie gut daran taten, die Kaiser, Weyer und Schumacher aus ihren Reihen auszuschließen. Die KPD.-Zentrale gibt zu, daß die ganzen Angriffe gegen die Gewerkschaften in der „Roten Fahne“ wegen der „Sabotage“ und der Zerstörung der Einheitsfront“, die mit diesen Ausschüssen verfolgt sein sollten, unberechtigt waren. Wenn nicht einmal mehr die KPD. für diese ausgewachsenen Spaltplätze in ihren Reihen Platz hat, in den freien Gewerkschaften ist im Interesse der Einheitsfront für Quertreiber längst kein Platz mehr.

Hoffentlich hat diese Reinigungsaktion der KPD. den Erfolg, daß die noch halbwegs gewerkschaftlich denkenden Arbeiter zur Begegnung kommen, und soweit sie wieder Mitglied ihrer Gewerkschaft werden, in gewerkschaftlichem Sinne mit ihren Berufs- und Arbeitsgenossen zusammen arbeiten. Die Zeit der Spaltplätze und der Zellenbauer ist vorbei.

Buchbinder in Album-, Kappen- und Galanterie-Betrieben. Die für heute abend angelegte Versammlung findet nicht bei Weyer, Meberstr., statt, sondern im Gewerkschaftshaus um 7 Uhr. — Die Organisationsleitung.

Verantwortlich für Politik: Carl Reuter; Wirtschaft: Aris Solernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Götzen; Revolution: R. D. Weyer; Solos und Sonstiges: Felix Kersch; Anzeigen: Th. Götze; Smilich in Berlin. Verlag: Komintern-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Komintern-Verlag und Verlagsanstalt Karl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

